

Drei Fragen

„EU-Azubi-Gipfel“

Georg Schwedt arbeitet seit 17 Jahren in der europapolitischen Bildung. In Pforzheim war er jetzt zum dritten Mal, um Verwaltungskräfte europafit zu machen.



Sehen Azubis die EU anders?

Haben sich die Auszubildenden in den Stadt- und Kreisverwaltungen über die Jahre verändert in ihrer Haltung zu Europa?

Schwedt: Nicht nur die. Die jungen Leute sind generell kritischer geworden gegenüber der europäischen Einigung. Das heißt nicht, dass sie sie schlecht finden. Es sind aber keine Hurra-Europäer mehr.

Wie beurteilen Sie diesen Wandel?

Schwedt: Das ist nicht so negativ wie es scheint. Die Sichtweise des Was-bringt-es-mir ist in der EU eigentlich schon angelegt. Der Wandel hat aber auch damit zu tun, dass manche Errungenschaften – offene Grenzen oder der Euro zum Beispiel – für die jetzigen Berufsanfänger gar keine Errungenschaften mehr sind. Die Mark kennen sie schlicht nicht mehr.

Arbeiten Sie in dem Gefühl, etwas zu bewirken mit den Kursen?

Schwedt: Das denke ich schon. Kenntnisse über die EU sind total wichtig in kommunalen Verwaltungen. Nicht umsonst hat fast jede größere Stadt einen Europabeauftragten. Die Auszubildenden und Studierenden von Stadt- und Enzkreisverwaltung müssen erkennen, dass das, was hier bei den Flüchtlingen passiert, auf europäischen Entscheidungen basiert. Die Zahl in Pforzheim hängt beispielsweise damit zusammen, wie Flüchtlinge über die EU-Staaten verteilt werden.

Text/Foto: eko

Auf dem Heimweg Fahrzeuge beschädigt

PK – Offensichtlich private Probleme gepaart mit unkontrolliertem Alkoholkonsum veranlassten am frühen Mittwochmorgen einen 31-jährigen Pforzheimer dazu, etliche Fahrzeuge gewaltsam zu beschädigen. Kurz nach 6 Uhr wurde dem Polizeirevier Pforzheim-Nord ein Mann gemeldet, der in der Blumenheckstraße bei mehreren geparkten Autos gegen die Außenspiegel schlug.

Der Mann wurde kurz danach in der Wittelsbacherstraße kontrolliert. Er räumte ein, auf seinem Nachhauseweg rund fünf Fahrzeuge beschädigt zu haben. Doch stellten die Beamten in der Blumenheckstraße und in der Wittelsbacherstraße rund 20 weitere beschädigte Autos fest. Da nicht ausgeschlossen wird, dass weitere Fahrzeuge beschädigt wurden, werden deren Besitzer gebeten, sich zu melden.

Zeugenhinweise

Telefon (0 72 31) 1 86 32 11

Auf einen Blick

Spielplatz saniert

Pforzheim. Der Spielplatz „Arlinger Plätze“ wurde saniert. Er war nicht mehr nutzbar, weil er von vielen als Müllhalde missbraucht worden war. Nun hat er sogar eine Schaukel. Ex-Stadtrat Jens Kück war gestern bei der „Rückgewinnung“ dabei. ■ Seite 21

Lauge im Auge

Kieselbronn. Eine erfolgreiche Übung absolvierten Feuerwehr und DRK Kieselbronn, bei der es unter anderem um den Umgang mit chemischen Gefahrstoffen ging und darum, was zu tun ist, wenn einem Mitarbeiter Natronlauge ins Auge spritzt. ■ Seite 25

„Es besteht Gefahr, Unschuldige zu verurteilen“

Anwälte von Augenstein und Weishaar fordern im Derivate-Prozess den Freispruch der Angeklagten

Von unserem Redaktionsmitglied Carolin Freytag

Mehrjährige Haftstrafen hatte die Mannheimer Staatsanwaltschaft in der vergangenen Woche für die frühere Oberbürgermeisterin Christel Augenstein und deren damalige Kämmerin Susanne Weishaar gefordert. Nun durften die vier Anwälte die beiden Angeklagten vor Gericht verteidigen: Sowohl für Augenstein als auch für Weishaar wurde Freispruch gefordert. Der Vorwurf der Untreue sei haltlos. Beide hätten immer die Absicht gehabt, Schaden von der Stadt Pforzheim abzuwenden. Von einem Schädigungsvorsatz könne gar keine Rede sein.

Weishaar habe ihre Befugnisse als Kämmerin nicht missbraucht, erklärte ihre Verteidigerin Jennifer Schumacher im Plädoyer. „Eine evidente Pflichtver-

„Sind Hunderte Kämmerer rücksichtslose Spieler?“

letzung, wie die Staatsanwaltschaft sie sieht, liegt nicht vor.“ Weder bei den Spread-Ladder-Swaps der Deutschen Bank noch bei den späteren Derivaten von J. P. Morgan habe Weishaar vorsätzlich gegen das Spekulationsverbot verstoßen. Die Geschäfte hätten lediglich der Zinsoptimierung dienen sollen, das sei erlaubt. Gewinne damit zu erzielen, sei nie die Absicht gewesen. Den Übeltäter sieht Weishaars Verteidigung vor allem in der Deutschen Bank. „Durch deren Falschberatung wurde die Kämmerin überhaupt erst herausgefordert, mit drohenden Verlusten umzugehen“, sagte Anwalt Eddo Compant. „Sind Hunderte Kämmerer etwa rücksichtslose Spieler? Wohl eher nicht“, so Verteidigerin Schumacher. Die überzeugende Strategie der Deutschen Bank habe sie alle erst in die Lage gebracht. „Ein Auflösen der Derivate, was die Staatsanwaltschaft als einzig erlaubte Lösung darstellt, war



OHNE HAFTSTRAFE AUS DEM GERICHTSSAAL soll Ex-OB Christel Augenstein kommen, wenn es nach ihren beiden Verteidigern Wolfgang Kubicki (links) und Jürgen Leibold geht. Sie forderten Freispruch in ihren Plädoyers. Foto: Roth

damals nicht möglich, da der Stadt dafür das Geld fehlte“, erklärte Schumacher und bezog sich auf den Münchener Anwalt Jochen Weck. Den Schaden mit neuen Derivaten einzugrenzen, sei die einzig wirtschaftlich sinnvolle Alternative gewesen. Weishaar habe auch nichts verheimlicht, um persönlichen Nachteilen aus dem Weg zu gehen: „Schließlich hatte sie 2006 ihre Kündigung angeboten“, so die Anwältin.

„Mit Scheinlogik wird hier ein Rächen ins andere gepresst“, kritisierte Compant die Staatsanwaltschaft. Eine

Haftstrafe als Strafmaß entspreche jedenfalls nicht dem Gerechtigkeitsempfinden. Es bestünden erhebliche Zweifel und „die Gefahr, Unschuldige zu verurteilen“, warnte er.

Freispruch fordert Verteidiger Wolfgang Kubicki auch für Augenstein. Die Staatsanwaltschaft beiße sich an der Unzulässigkeit der Derivate fest. Dabei habe die Finanzaufsicht bisher in keinem Fall Zweifel an den Produkten von Deutscher Bank und J. P. Morgan angemeldet. Augenstein habe sich auf rechtssichere Vorlagen aus der Verwaltung

verlassen dürfen und müssen. „Wenn jeder OB jede Vorlage selbst prüfen müsste, würde keiner mehr diesen Job machen“, so Kubicki. Augenstein habe Schaden abwenden und nicht verursachen wollen. „Sie ist vom Vorwurf der Untreue freizusprechen, ungeachtet dessen, wie unglücklich das mit den Derivaten gelaufen ist.“

Weiter geht der Prozess am Dienstag, 21. November. Dann dürfen sowohl Weishaar als auch Augenstein noch einmal zu Wort kommen, bevor das Urteil gesprochen wird. ■ Südwestecho



EIN EUROPAPARLAMENT der besonderen Art gestalteten Auszubildende der Stadtverwaltung und des Enzkreises im Ratssaal. Sie beschäftigten sich mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Foto: Ehmman

EU-Sitzung im Pforzheimer Rathaus

Auszubildenden erleben bei einem europapolitischen Tag die Bedeutung des Bundes

Von unserem Mitarbeiter Jürgen Pechel

Große Politik, genauer Europapolitik, durften am Donnerstag 45 junge Leute beim „EU-Azubi-Gipfel“ im Ratssaal spielerisch einüben. Beim Planspiel der Landeszentrale für politische Bildung (lpb) ging es darum, Lösungen zu finden bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das, was der EU bislang bei zahlreichen Gipfeltreffen nicht gelang, sollten nun Azubis schaffen? Am „Politischen Tag“ innerhalb einer Woche einführenden Unterrichts waren Lehrlinge der Stadtverwaltung, angehende Forstwirte beim Landratsamt Enzkreis und Studierende der Hochschule Pforzheim im Fach „Public Management“ eingeladen, sich darüber zu informieren, wie die EU tickt, und ihre Ideen dazu bündeln (siehe drei Fragen).

Seitens der Stadt begleitete die Leiterin der Abteilung Europa und Städtepartnerschaften, Anna-Lena Beilschmidt, die Veranstaltung, die stellvertretend für den OB von Bürgermeisterin Sibylle Schüssler eröffnet wurde. „Die Jugend gestaltet Europa“, ist Schüssler überzeugt, und an der Frage von Asyl

und Flüchtlingen werde sich die Zukunft der EU zentral mitentscheiden. „In Vielfalt vereint“ sei das europäische Projekt überschrieben, in das die Mitgliedsländer ihre unterschiedliche Geschichte, Politik und Kultur einbringen. „Europa ist aber vor allem ein Friedensprojekt“, betonte die Bürgermeisterin, mit Blick auf die Vergangenheit vieler Kriege in Europa.

Ein solches Planspiel für die Azubis gab es in den vergangenen Jahren immer wieder mit wechselnden Themen. Es wurde von CIVIC – Institut für Internationale Bildung in Düsseldorf ausgearbeitet, das nun im Auftrag der lpd durchs Land reist. Referent Georg Schwedt, unterstützt von Adrian Schilde von der lpd, erklärte zunächst die Rolle der einzelnen EU-Institutionen, um dann die aktuellen Knackpunkte der Asyl- und Flüchtlingspolitik darzustellen. Bisher sei für Asylsuchende jeweils der EU-Staat zuständig, den die Flüchtlinge als erstes erreichten. Das sind vor allem die Mittelmeeranrainerstaaten. „Aber ist diese Regelung noch praktikabel und verantwortbar?“, fragt Schwedt. Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass nicht der Schutz von

Flüchtlingen, sondern der Schutz vor Flüchtlingen im Fokus einer neuen Asylgesetzgebung stehe. Manche EU-Mitgliedsstaaten fordern Lastenausgleiche bei den anfallenden Kosten. Die Kommission macht in diesem Planspiel einen Vorschlag, der in einem Gesetzgebungsverfahren zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission verhandelt wird.

Kommission, Kommissionspräsident, Europaparlament, diverse Kommissare, der Rat der Europäischen Union – die Rollen der beteiligten Institutionen übernahmen Gruppen der Teilnehmer, die sich zu Beratungen im kleinen und großen Ratssaal zurückziehen durften. Vor den ersten Sitzungen mussten sie sich dort zunächst in die Materie einlesen. Getränke und Brötchen zur Stärkung bei der schwierigen Kompromissfindung widerstreitender Interessen und Vorstellungen waren selbstverständlich vorhanden. Auch eine Mittagspause bei den ganztägigen Beratungen war den Teilnehmern gegönnt, die in der letzten halben Stunde gemeinsam mit der Spielleitung analysierten, ob ihre Vorschläge zur Asyl- und Flüchtlingspolitik auch realitätsnah sind. ■ Drei Fragen

„Taubenkot“ am Briefkasten

eko. Briefkasten, Wand, Treppe – überall Dreck, „Taubenkot“, wie Bernd Grimmer vermutet. Der AfD-Abgeordnete sieht den Eingang zu seinem Wahlkreisbüro am Donnerstagfrüh zum wiederholten Male verunstaltet. „Das jetzt ist besonders schlimm“, sagt er auf Nachfrage des Pforzheimer Kurier. Bei den anderen „vier bis fünf“ Fällen seit Büroeröffnung im Herbst vor einem Jahr hätten nur Farbschmierereien weggeschwemmt werden müssen. Angezeigt habe er die Attacken, wenn sie wie jetzt massiv waren. Wenn eine einfache Reinigung reichte, habe die Partei darauf verzichtet.

„Eindeutig“ ist für Grimmer, dass die Farb- und Dreckattacken „eine politische Angelegenheit“ sind. Er habe die Polizei vor einiger Zeit auch darauf hingewiesen, dass sie „identisch sind mit schwarzen Buchstaben am Kriegerdenkmal in Dillweissenstein“. Einen konkreten Verdacht habe er nicht, aber die Symbole verwiesen auf die Anarchistenszene oder die Antifa, die auch sonst bei der AfD auftauche.



ZIEMLICH VERDRECKT war am Donnerstag der Eingang zur AfD. Foto: eh